



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 14. Februar 2014

Inhalt

1. Jahreswirtschaftsbericht: Sigmar Gabriels Regierungserklärung
2. Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen
3. Diätenerhöhung und Bekämpfung von Abgeordnetenbestechung
4. Sicherung der Oppositionsrechte
5. Stromnetze ausbauen
6. Einsetzung eines „Internetausschusses“



Jahreswirtschaftsbericht: Sigmar Gabriels Regierungserklärung

„Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt“, so der Titel des Jahreswirtschaftsberichts 2014, den Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel am Donnerstag in seiner Regierungserklärung vorstellte. In der Debatte ging es auch um das Jahrgutachten 2013/2014 zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drs. 18/94), in dem die Sachverständigen für das Jahr 2014 von einem soliden Wachstum ausgehen.

Sigmar Gabriel verdeutlichte in seiner Rede, dass er die stabile wirtschaftliche Lage für neue Impulse für eine gute wirtschaftliche Entwicklung, für Investitionen und Innovationen nutzen wolle. Unser Wirtschafts- und Energieminister machte dabei eines deutlich: **die SPD kann Wirtschaftspolitik!**

Wir setzen neue Akzente für eine aktive Wirtschaftspolitik. Es gilt aber auch, große Herausforderungen zu meistern: Wir brauchen eine leistungsstarke Infrastruktur, eine erfolgreiche Energiewende und einen zukunftsfesten und gerechten Arbeitsmarkt. Dazu gehört es, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen aber auch die Inlandsnachfrage zu stärken. Sigmar Gabriel steht dabei für eine anpackende und gestaltende Wirtschaftspolitik, die auf eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft im Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften ausgerichtet ist.

Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen



Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden auch in der Großen Koalition darauf drängen, dass auf der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerumgehung beziehungsweise Vermeidung ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit liegen muss! Dies gilt besonders vor dem Hintergrund immer neuer Fälle von Steuerhinterziehung. Das haben wir im Koalitionsvertrag so vereinbart, auch wenn die Verhandlungen mit CDU und CSU in diesem Punkt nicht immer einfach waren.

Für uns steht fest, dass Steuerhinterziehung geahndet werden muss. Daher setzen wir uns dafür ein, dass ein automatischer Informationsaustausch über Steuersünder schnellstmöglich zum internationalen Standard wird – übrigens auch mit der Schweiz! Im eigenen Land müssen wir unsere Steuerfahndung verstärken. Auch multinationale Großkonzerne sollen voll besteuert werden.

Wir ducken uns auch nicht vor dem Thema „strafbefreiende Selbstanzeige“ weg. Fakt ist, dass es gute Gründe gibt, die Selbstanzeige abzuschaffen, denn es entsteht eine Gerechtigkeitslücke: Wenn ein Steuersünder durch die Selbstanzeige Straffreiheit erlangt, dann gibt es hier eben einen gewaltigen Unterschied zu anderen Straftaten, bei denen man nicht einfach durch eine Selbstanzeige straffrei ausgehen kann. Wir brauchen ein klares Bekenntnis der Union und auch der Finanzminister von Bund und Ländern, dass eine strafbefreiende Selbstanzeige keine Einladung zu Steuerhinterziehung sein darf!

Diätenerhöhung und Bekämpfung von Abgeordnetenbestechung

Was ist die Arbeit einer/eines Bundestagsabgeordneten wert?

Abgeordnete sind Vertreter aller Bürgerinnen und Bürger. Sie sind allein ihrem Gewissen verpflichtet. Nicht irgendwelchen Geldgebern, Sponsoren oder Lobbyisten, die sich davon Vorteile versprechen. Parlamentarier dürfen nicht käuflich sein. Als Inhaber eines öffentlichen Mandates auf Zeit müssen sie aber angemessen bezahlt werden, **denn ein Bundestagsmandat soll allen offen stehen**. Das muss für bisher abhängig Beschäftigte genauso gelten wie für Selbstständige oder Freiberufler. Die Qualität der parlamentarischen Arbeit hängt ganz entscheidend auch davon ab, dass Abgeordnete aus allen Gesellschaftsbereichen und mit unterschiedlichen Berufen ihre Fachkenntnisse zur Verfügung stellen. Eine Wochenarbeitszeit von 65 Stunden, in Sitzungswochen und zu Spitzenzeiten mit hohen Repräsentationspflichten, auch bis zu 70 - 80 Wochenstunden, sind für Abgeordnete Arbeits-Alltag.

Was ist nun eine angemessene Bezahlung?

Darüber wird gern und lebhaft diskutiert. Während manche Diäten in Höhe des Sozialhilfesatzes bereits für überzogen halten, fordern andere, mit Blick auf die Unabhängigkeit der Abgeordneten, eine Angleichung an das gehobene Management der Wirtschaft. Eine unabhängige Expertenkommission des Bundestages empfahl nun einen Mittelweg: Eine Anlehnung an Gehälter von Bundesrichtern in zwei Schritten (zum 1. 6. 2014 auf 8.700 Euro und zum 1. 6. 2015 auf 9.080 Euro). Danach soll dann eine Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung erfolgen. Dieses Lohnniveau der Bundesrichter ist auch vergleichbar mit den Einkommen von Landräten und Bürgermeistern (ab 60.000 Einwohner). Falls der Bundestag dieses Abgeordnetengesetz beschließt, werden gleichzeitig mit der Diätenerhöhung eine Reihe von Regelungen in Kraft gesetzt, die bei der medialen Berichterstattung leider untergehen. So wird es bei der Altersversorgung Einschnitte geben und auch die Strafzahlungen bei unentschuldigtem (200 € pro Sitzungstag) und

entschuldigtem (100 € pro Sitzungstag, auch bei Dienstreisen und nachgewiesener Krankheit) Fehlen bei Sitzungswochen und versäumten namentlichen Abstimmungen werden drastisch angehoben.

Die Entscheidung, ob die Diäten angemessen sind, muss jede und jeder für sich selbst entscheiden.

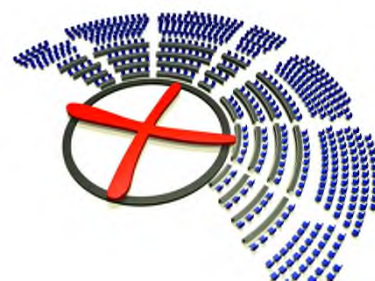
Bei der Abgeordnetenbestechung endlich ein Durchbruch!

Diese wird zukünftig gehandelt werden! Der entsprechende Gesetzesentwurf, der nun vorliegt, enthält alle SPD-Forderungen. Damit wird endlich eine große Peinlichkeit beendet. Wir haben immer wieder Vorstöße unternommen, um diese rechtliche Lücke zu schließen. Nun konnten wir endlich auch die Union davon überzeugen. Eine Verschärfung der bislang recht laxen Regeln ist notwendig, damit Deutschland nach jahrelangem Gezerre das UN-Abkommen gegen Korruption ratifizieren kann. Die Bundesrepublik wurde wegen ihrer zögerlichen Haltung wiederholt kritisiert. Mehr als 160 Staaten haben das Abkommen bereits ratifiziert, einige andere Länder dagegen nicht - etwa Nordkorea, Syrien oder eben Deutschland.

Sicherung der Oppositionsrechte

Ein weiteres Thema, das in dieser Woche im Plenum behandelt wurde, ist die Sicherung der Oppositionsrechte. Die Bildung der Großen Koalition hat zur Folge, dass ihr mit GRÜNEN und LINKEN eine kleine Opposition gegenübersteht. GRÜNE und LINKE haben zusammen nicht mehr genügend Sitze im Bundestag, um beispielsweise Untersuchungsausschüsse einsetzen oder eine Sitzung des Bundestages einberufen zu können.

Eine Demokratie braucht aber eine starke und handlungsfähige Opposition. Für uns ist es daher selbstverständlich, deren Rechte zu stärken. Daher bringt die Große Koalition einen Gesetzesentwurf ein, durch den die Minderheitenrechte deutlich gestärkt werden. Forderungen der GRÜNEN und der LINKEN nach mehr Redezeit, die Möglichkeit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und vieles mehr sind dabei berücksichtigt. Außerdem wird der Oppositionszuschlag und somit die finanziellen Mittel für die Fraktionen der GRÜNEN und LINKEN deutlich erhöht. Gleichzeitig muss aber auch klar sein, dass ein/e Politiker/in der Opposition nicht mehr Rechte haben kann als einer der Regierungsfraktion. Schließlich sind die Mehrheiten auch vom Volk gewählt. Wir gehen der Opposition durch die Änderungen der Geschäftsordnung einen großen Schritt entgegen. Nun ist es aber auch an LINKEN und GRÜNEN, etwas daraus zu machen.



Stromnetze ausbauen

Ein großes Projekt der Regierung für die nächsten vier Jahre ist die Energiewende. Mit Sigmar Gabriel stellen wir den Vize-Kanzler und den Minister für Wirtschaft und Energie, mit dem wir gemeinsam das Mammutprojekt Energiewende angehen werden.

Die von Sigmar Gabriel vorgelegten und vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkte sind eine gute Grundlage für den Neustart der Energiewende. Ziele wie die Bremsung des Anstiegs der Strompreise und der Ausbau erneuerbarer Energien können nur durch einen gemeinsamen Kraftakt von Bund, Ländern, Wirtschaft und Gesellschaft erreicht werden. Um eine bezahlbare, verlässliche und sichere Energieversorgung zu erreichen, ist die Reform des Erneuerbaren-

Energien-Gesetz notwendig. Natürlich geht es hier unvermeidlich auch um unterschiedliche wirtschaftliche und regionale Interessen. Dennoch ist es unverständlich, dass der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) den Trassenbau in Bayern stoppen möchte (Stromtrassen-Moratorium). Die geplante Stromtrasse SuedLink ist notwendig, um Strom aus erneuerbaren Quellen transportieren zu können. Horst Seehofer kann nicht auf der einen Seite den Bau von Windrädern in Bayern verhindern und auf der anderen Seite keine Stromtrasse wollen. Partikularinteressen und Lokalpolitik aufgrund anstehender Kommunalwahlen dürfen die Energiewende nicht gefährden.

Einsetzung eines „Internetausschusses“



Nun ist es endlich soweit, worauf insbesondere Netzpolitikerinnen und –politiker lange gewartet haben: Der Ausschuss für Internet und Digitale Agenda ist eingesetzt. Er wird zu Digitalisierung und Vernetzung mitberatend tätig sein und seine Ergebnisse an den jeweils federführenden Ausschuss vermitteln. Darüber hinaus befasst er sich mit allen Themen der digitalen Agenda.

Der Ausschuss trägt der wachsenden Bedeutung netzpolitischer Fragestellungen Rechnung und soll die Beschäftigung mit den Auswirkungen der Digitalisierung dauerhaft im Parlament verankern. Der aus Hessen stammende SPD-Fraktionsvize Sören Bartol (Marburg), zuständig für das Thema Digitale Agenda, sagte es so: „Die Netzpolitik verlässt den Katzentisch und kommt in der Mitte des Parlaments an.“ Besonders erfreulich ist, dass mit Gerold Reichenbach aus Groß-Gerau ein hessischer SPD-Abgeordneter und ausgewiesener Experte für Datenschutz Mitglied im Internetausschuss ist. Außerdem ist Jens Zimmermann, SPD-Abgeordneter aus dem Odenwald, stellvertretendes Mitglied.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

**V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

Artikelbilder: fotolia